



Fluchtpolitische Wahlprüfsteine 2020

Das Bündnis "Köln zeigt Haltung" fordert von den gewählten Vertreter*innen der Stadt Köln eine klare Haltung zu Fragen der Solidarität und des gleichberechtigten Miteinanders in Köln. Diese Wahlprüfsteine sollen den Wähler*innen einen Überblick über die fluchtpolitischen Haltungen der antretenden Parteien geben und durch zehn Fragen als Orientierungshilfe für die Kommunalwahl am 13. September 2020 dienen.

Alle eingegangenen Antworten werden im Folgenden in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Angefragt wurden die OB-Kandidat*innen Henriette Reker (parteilos), Andreas Kossiski (SPD), Jörg Detjen (DIE LINKE) und Thor Zimmermann (GUT) sowie die Parteien Bündnis 90/ Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP und SPD.

Antworten der Kölner Parteien Kommunalwahl 2020

1. Haltung gegen Rechts zeigen

Flucht nach Europa und Einwanderung werden von Rechts skandalisiert und kriminalisiert. Wie werden Sie Rufen nach Abschottung und Abschreckung konkret entgegenreten?

Bündnis 90/ Die Grünen: Menschen, die auf der Suche nach Schutz, Sicherheit und einer guten Lebensperspektive sind, brauchen unsere Hilfe und Unterstützung. Wir stellen uns daher mit allen demokratischen Kräften aktiv jeglichen Anfeindungen von Rechts entgegen und unterstützen Initiativen und Institutionen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Rechten Gruppierungen muss durch Aufklärung und Widerstand der Boden entzogen werden. Auf Bundes-/Landesebene und kommunal setzen wir uns für sichere Fluchtwege und Seenotrettung von Geflüchteten ein.

Die Linke: Die Geschichte Kölns ist seit über 2000 Jahren eine Geschichte der Migration. Die Kölner unterscheiden sich nicht dadurch, dass die einen schon immer hier waren und die anderen dazu gekommen sind. Der einzige Unterschied ist der, welche Familie wann gekommen ist. Köln gegen Rechts, Köln stellt sich quer, Kein Veedel für Rassismus, Köln zeigt Haltung, sie machen das bunte und l(i)ebenswerte Köln aus. Dieses Köln zu bewahren und zu verteidigen, erfordert unser aller Zivilcourage und eine klare Positionierung gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus.

FDP: Wir wollen ein weltoffenes und tolerantes Köln. Individualität, Pluralismus, kulturelle und religiöse Vielfalt bereichern unser Zusammenleben. Für uns Freie Demokraten ist es eine humanitäre Verpflichtung, Menschen, die vor Verfolgung, Terror oder Krieg flüchten, Schutz zu bieten. Dabei wollen wir neben dem Asylrecht des Grundgesetzes einen eigenen Rechtsstatus für Kriegsflüchtlinge einführen, der den Schutz für die Dauer der Bedrohung sicherstellt.

Ganz wichtig in diesem Zusammenhang: Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das vom Bundestag verabschiedet werden muss. Wir fordern ein Einwanderungsgesetz, das zwischen zeitweiligem Schutz für Flüchtlinge und dauerhafter Einwanderung von Menschen unterscheidet. Damit wollen wir Weltoffenheit und Rechtsstaatlichkeit stärken und Transparenz für gesteuerte Einwanderung schaffen.

SPD: Mit klaren Worten und klarer Kante werden wir - die KölnSPD und unser OB-Kandidat Andreas Kossiski auch in Zukunft auf rechte Rhetorik reagieren. Auf den Straßen und Plätzen werden wir uns einerseits für eine offene Gesellschaft einsetzen und uns Rechten in den Weg stellen. Fakenews und Vorurteile gegen Migrant*innen und Geflüchtete werden wir bei jeder Gelegenheit entlarven und über unsinnige Theorien wie z. B. die Pull-Theorie in Bezug auf die Seenotrettung aufklären. Im Rat wollen wir unsere Strategie weiterverfolgen, die AfD und andere rechte Parteien und Wählergruppen zu isolieren. Unserer Meinung nach wäre es falsch, von dieser erfolgreichen Strategie abzuweichen und der AfD eine Bühne im Rat zu geben.



KÖLN ZEIGT HALTUNG ist ein breites und buntes Bündnis aus der Kölner Stadtgesellschaft, das 2018 ins Leben gerufen wurde und sich konsequent für die Menschenrechte Geflüchteter einsetzt. Kontakt: info@koelnzeigthaltung.org

2. Migration als Normalität anerkennen

Migration ist eine Realität moderner Gesellschaften. Gesellschaftliche Teilhabe darf nicht erst mit der Aufenthaltserlaubnis beginnen. Wie wollen Sie die Teilhabe von Asylsuchenden, Geduldeten und Menschen ohne Papiere ermöglichen?

Bündnis 90/ Die Grünen: Wir setzen uns dafür ein, dass zu uns geflüchtete Menschen so schnell wie möglich in unsere Stadtgesellschaft integriert werden, eine Wohnung und Arbeit finden und dabei sowohl von städtischer als auch stadtgemeinschaftlicher Seite Unterstützung und Hilfe bekommen. Wir haben die Erarbeitung von menschenwürdigen Standards zur Unterbringung und Betreuung vorangetrieben. Die vielfältige Arbeit der Flüchtlingsberatungsstellen und Interkulturellen Zentren haben wir gestärkt. Die ehrenamtlichen Strukturen in Köln unterstützen wir aktiv, finanziell und wertschätzend.

Die Linke: Wer hier lebt, sollte auch hier mitentscheiden dürfen, unabhängig von seiner Nationalität. DIE LINKE fordert ein kommunales Wahlrecht auch für nicht-EU-Ausländer. Der Integrationsrat als Vertreter aller Kölner Migrant*innen sollte in allen Fragen, die die Migration betreffen, zwingend angehört werden.

Für Migrant*innen, die (noch) nicht gut deutsch verstehen, müssen bei allen Ämtern und städtischen Unternehmen Video-Dolmetscher*innen oder Sprachmittler*innen zur Verfügung stehen. Die interkulturellen Zentren müssen stärker unterstützt werden. Die Verwaltung soll die Gründung eines Dachverbandes der Migrant*innenvereine als starke Interessenvertretung unterstützen.

FDP: Es gibt zahlreiche Projekte des Landes NRW, die gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen unterstützen. Beispiele sind z.B. das Projekt "Einwanderung gestalten NRW" oder die Landesinitiative "Gemeinsam klappt's". Hier werden neue Formen des Einwanderungsmanagements erprobt. Dazu zählt die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit all derjenigen Stellen, die sich um Geflüchtete kümmern. Einige Projekte richten sich explizit an junge Menschen. Ziel ist es, junge Menschen, insbesondere Volljährige, bei der Erlangung eines schulischen oder beruflichen Abschlusses zu unterstützen. Teilhabemanager unterstützen den Integrationsprozess junger Menschen, die sich im Aufenthaltsstatus der Duldung oder Gestattung befinden, indem sie diese beraten und begleiten. Auf diese Weise erhalten die Jugendlichen Chancen zur Teilhabe. Wir begrüßen und unterstützen es, dass sich die Stadt Köln an diesen Projekten beteiligt.

SPD: Es ist in der Tat mehr als befremdlich, dass einige Menschen immer noch nicht wahrhaben wollen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Insbesondere haben sich die konservativen Parteien lange gewehrt, bis Angela Merkel 2015 feststellte, dass Deutschland quasi ein Einwanderungsland sei.

Der Status von Asylsuchenden sollte schnell geklärt werden, und dann sollte es keine Unterschiede in den Teilhabemöglichkeiten wie bei anderen Kölner*innen geben. Niemand sollte jahrelang in Köln als Geduldeter leben müssen. Wir wollen in Köln das Bleiberechtsmanagement weiter ausbauen. In Köln leben Menschen illegalisiert. Diese Menschen haben ein sehr hartes Leben, und wir wünschen uns einerseits große Gesten wie Amnestieangebote, die Spanien, die USA und Portugal schon einmal praktiziert haben, und andererseits müssen kleine Hilfen wie anonyme Krankenkarten vor Ort zur Verfügung stehen.



3. Aufnahme- und Aufenthaltspolitik weiterentwickeln

Die bisherige menschenrechtsorientierte Aufnahme- und Aufenthaltspolitik der Stadt Köln begrüßen wir. Wie planen Sie diese weiterzuentwickeln? Werden Sie sich zudem für die Ausweitung der freiwilligen kommunalen Aufnahme einsetzen?

Bündnis 90/ Die Grünen: Sowohl das Konzept zur Stärkung der Integrativen Stadtgesellschaft als auch die Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in der Stadt Köln müssen weiterentwickelt und dem aktuellen Stand angepasst werden. Dafür setzen wir uns ein.

Wir haben uns bislang dafür eingesetzt, dass die Stadt Köln sich an der freiwilligen Aufnahme Geflüchteter über die Aufnahmequote hinaus beteiligt und werden das auch weiterhin tun. Köln ist und bleibt eine Stadt des sicheren Hafens!

Die Linke: DIE LINKE fordert, dass die Stadt sich aktiv an der Rettung in Seenot geratener Flüchtlinge beteiligt, zum Beispiel durch Übernahme einer Schiffspatenschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt gemeinsam mit anderen Kommunen Druck auf Bund und Land ausübt, um ein eigenständiges Recht der Kommunen, Geflüchtete aufzunehmen, im Aufenthaltsgesetz zu verankern. Es darf nicht bei bloßen Absichtserklärungen bleiben, sondern Köln muss endlich Geflüchtete freiwillig aufnehmen können.

Köln soll eine Stadt der Menschenrechte werden. Wie in Wien sollen alle Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus die sozialen Leistungen und den Schutz der Gemeinschaft in Anspruch nehmen.

FDP: Was die Aufnahme von Geflüchteten betrifft, gilt: Die Entscheidung darüber trifft allein die Bundesregierung. Die Entscheidung über Aufnahmekapazitäten muss beim Bund liegen und niemanden sonst. Die Kommunen können indes ihre Bereitschaft dokumentieren, in schwierigen Situationen Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufzunehmen. Auch über die Aufnahmequote hinaus.

Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass in akuten Notsituationen wie auf den griechischen Inseln oder bei akuter Kindeswohlgefährdung, Städte sich bereit erklärt haben Familien oder Kinder aufzunehmen. Im Rahmen solcher Programme auflegen, sollte das Land sich beteiligen und im Rahmen des Möglichen auch die Städte, die ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert haben. Vor diesem Hintergrund hat die FDP in diesem Jahr die Aufnahme von griechischen Flüchtlingen in unserer Stadt unterstützt.

SPD: Im Rat haben wir uns immer für eine menschenrechtsorientierte Geflüchtetenaufnahme eingesetzt. Auch im Bereich der Aufenthaltspolitik haben wir uns in Köln insbesondere gegen die Verschärfungen in der Gesetzgebung, z. B. das unsägliche sog. Geordnete-Rückkehr-Gesetz ausgesprochen. Leider wurde das Gesetz im Bundesrat nicht gestoppt. Wir werden uns daher in Köln weiter dafür einsetzen, dass Ermessensspielräume im Sinne der Betroffenen genutzt werden. Bezüglich der Aufnahme haben wir unheimlich viel Glück gehabt, dass die Zivilgesellschaft die Behörden im "Sommer der Flucht " unterstützt hat. In Köln hat sich die Situation sehr verbessert. Die meisten Menschen konnten in Wohnungen ziehen und zum Teil auch Jobs finden. Im nächsten Rat wollen wir dafür sorgen, dass noch mehr Menschen aus den Gemeinschaftsunterkünften herauskommen und hier Arbeit finden. Wir haben immer wieder betont, dass wir in Köln Platz haben und Menschen aus den Elendslagern in Griechenland und Libyen aufnehmen wollen. Die jetzige Situation ist beschämend, und wir werden weiter darauf hinwirken, dass diese Menschen endlich gerettet werden.



4. Bleibeperspektiven schaffen

Die 2019 in Kraft getretenen Verschärfungen im Aufenthaltsrecht erschweren Menschen mit Duldung systematisch die Chance auf einen gesicherten Aufenthalt. Wie werden Sie aufenthaltsrechtliche Spielräume nutzen, um den Betroffenen über das bestehende Bleiberechtsprojekt hinaus eine Bleibeperspektive zu geben?

Bündnis 90/ Die Grünen: Die Initiierung des vorbildlichen und erfolgreichen Bleiberechtsprojektes in Köln haben wir maßgeblich mitgetragen. Auch für die Zukunft streben wir nicht nur eine Verstetigung, sondern eine Ausweitung der Bleiberechtsperspektiven an, um möglichst viele der Langzeitgeduldeten Menschen zeitnah in "legale Lebensperspektive in Köln" zu überführen.

Die Linke: Erstens muss das Bleiberechtsprojekt personell deutlich verstärkt werden, damit es dort wirklich voran geht. Sodann müssen wir sicherlich weiterhin die Auswirkungen des schikanösen Aufenthaltsrechts skandalisieren. Jugendliche bekommen ein Bleiberecht, wenn sie durch gute schulische Leistungen ihre Integration unter Beweis stellen. Für die Eltern aber ist nur die Duldung vorgesehen bis die Kinder 18 Jahre alt werden. Für Viele besteht in dieser Zeit auch ein Arbeitsverbot. So ist das deutsche Gesetz, aber Recht ist etwas anderes.

Es zeigt sich, dass es tatsächlich Handlungsspielräume gibt, die können und müssen wir nutzen, indem wir immer wieder zeigen, dass unsere Gesetze zum Teil die Integration behindern und Familien unglücklich machen.

FDP: Mit dem Bleiberechtserlass der Landesregierung sollen gut integrierte Flüchtlinge einen Aufenthaltstitel erhalten. Wer sich nachhaltig integriert hat, soll die Möglichkeit erhalten, in Deutschland bleiben zu dürfen und nicht weiterhin lediglich geduldet zu sein. Menschen, die sich bereits über längere Zeit bei uns aufhalten und hier Fuß gefasst haben, verdienen Rechtssicherheit. Sie weiter lediglich zu dulden oder abzuschieben, ist menschlich und volkswirtschaftlich falsch. Mit dem Erlass werden zudem für Ausländerbehörden Auslegungsspielräume aufgezeigt, um Aufenthaltsgenehmigungen für nachhaltig integrierte Menschen zu erteilen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch das Bleiberechtsprojekt der Stadt Köln in seiner bestehenden Form.

SPD: Leider sind die Spielräume in den Kommunen begrenzt, wenn es um die Verschärfungen im Aufenthalts- und Asylgesetz geht. Die betroffenen Geflüchteten werden gar nicht mehr den Kommunen zugewiesen, sondern z. B. in NRW monatelang in Landesaufnahmeeinrichtungen festgehalten und von dort aus abgeschoben. Es ist ein Skandal, dass dort lebende Kinder nicht beschult werden. Köln muss auf die Landesregierung einwirken, damit diese das Kindeswohl nicht weiter gefährdet.

In Köln leben auch Menschen im Status der Duldung. Wir haben das Bleiberechtsprojekt unterstützt und setzen uns für die Ausweitung ein – einmal finanziell, aber auch in der Hinsicht, dass mehr Menschen in das Projekt aufgenommen werden können. Auch noch wichtig ist, dass wir strukturellen Rassismus und Diskriminierung in Behörden abbauen, damit die Menschen dort proaktiv im Sinne einer Bleibeperspektive beraten werden.



5. Kirchenasyl schützen

Mit dem Kirchenasyl kommen die Kirchen ihrer ethischen Verantwortung nach. Werden Sie sich aktiv für die Stärkung des Kirchenasyls einsetzen? Und wenn ja, wie?

Bündnis 90/ Die Grünen: Kirchenasyl ist in unseren Augen unantastbar. Auf kommunaler Ebene werden wir jeden Eingriff durch solidarischen Einsatz abzuwehren versuchen.

Die Linke: Für DIE LINKE ist das Kirchenasyl ein notwendiges Korrektiv zur Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Es ist ja vereinbart, dass die Kirchen jede in Asyl-Nahme melden und ein Dossier über den Fall anlegen, das dem BAMF vorgelegt wird. Wie notwendig dieses Instrument ist, hat sich in den Jahren 2015/2016 gezeigt, in denen in 80 Prozent der Fälle das BAMF seine ursprüngliche Entscheidung revidieren musste. Im letzten Jahr wurde die Quote auf 2 Prozent gedrückt und das Kirchenasyl dadurch weitgehend außer Kraft gesetzt. Wir werden vor Ort die betroffenen Gemeinden unterstützen und im Bundestag weiterhin für den Erhalt des Kirchenasyls kämpfen.

FDP: Bei Fällen von Kirchenasyl für von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge muss der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit angewandt werden. Durch eine frühzeitige Konsultation zwischen Kirchengemeinde und Ausländerbehörde müssen in jedem einzelnen Fall von Kirchenasyl die rechtlichen Handlungsspielräume sorgfältig geprüft werden.

SPD: Das Kirchenasyl ist eine hundertjährige Institution und die letzte Hilfe, wenn begründete Zweifel an einer gefahrlosen Rückkehr bestehen. Zurzeit setzen das BAMF und das BMI immer mehr Pfarrer, Ordensschwestern, Geistliche usw., die Kirchenasyl anbieten, unter Druck. Sie werden mit hohen Strafen bedroht, insbesondere in Bayern. Auch in NRW wurden Kirchenasyle bereits gewaltsam beendet. Wir halten das für einen Skandal und werden die Möglichkeit des Kirchenasyls in Köln verteidigen. Es ist eine Schande, dass es immer mehr Familien betrifft, die dieses letzte Hilfsmittel in Anspruch nehmen müssen. Wir sind bereit, uns im Rat für das Kirchenasyl stark zu machen, und unterstützen gerne Aktivitäten rund um den Tag des Kirchenasyls, um gegen Vorurteile oder Fakenews aufzuklären.



KÖLN ZEIGT HALTUNG ist ein breites und buntes Bündnis aus der Kölner Stadtgesellschaft, das 2018 ins Leben gerufen wurde und sich konsequent für die Menschenrechte Geflüchteter einsetzt. Kontakt: info@koelnzeigthaltung.org

6. Menschenwürdiges Wohnen ermöglichen

Viele geflüchtete Menschen leben in Köln immer noch in Gemeinschaftsunterkünften. Wie garantieren Sie die Erstellung und Umsetzung von Konzepten für verpflichtende Qualitätsstandards und Gewaltschutzmaßnahmen? Wie unterstützen Sie geflüchtete Menschen bei der Wohnungssuche?

Bündnis 90/ Die Grünen: Wir verfolgen den Weg der dezentralen Unterbringung von Geflüchteten in abgeschlossenem Wohnraum und unterstützen daher politisch alle Bemühungen, Wohnraum in Köln zu schaffen, der für alle Menschen zugänglich ist.

Das parteiübergreifende Arbeitsgremium "Runder Tisch für Flüchtlingsfragen" der Stadt Köln ist beständig im Prozess der Verbesserung der Flüchtlingsaufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration. Hier wurden bereits und werden auch zukünftig Qualitätsstandards und Gewaltschutzkonzepte entwickelt. Durch unsere Beteiligung im Gremium und die Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen/ -institutionen und der Lobby-Arbeit für Geflüchtete leisten wir aktiv unseren Beitrag für deren Weiterentwicklung und Umsetzung.

Das Gleiche gilt in Bezug auf Einrichtungen und Projekte, wie z.B. das Auszugsmanagement sowie ehrenamtliche Helfer*innen bei der Suche nach Wohnraum, wo wir uns auch für kommunale Zuschüsse einsetzen, um die Arbeit zu unterstützen.

Die Linke: Neben der ganz praktischen Hilfe, die Mitglieder der LINKEN Geflüchteten leisten, setzen wir uns als Partei und Fraktion dafür ein, dass alle Gemeinschaftsunterkünfte, die nur über Gemeinschafts-Sanitärräume und Küchen oder Kantinen verfügen, geräumt werden. Der Rat hat bereits 2004 beschlossen, dass nicht mehr als 60 Personen an einem Standort untergebracht werden sollen. Das konnte die Stadt 2015/2016 nicht durchhalten, weil die Räume dafür fehlten. Inzwischen ist dies aber wieder möglich und muss umgesetzt werden.

Es muss ein zentrales Belegungsmanagement geschaffen werden, um erforderliche Barrierefreiheit, wohnortnahe Beschulung etc. besser zu berücksichtigen. Die Stellen im Auszugsmanagement sollen entfristet werden, denn der Bedarf an Unterstützung bei der Wohnungssuche besteht langfristig. Er sollte auch auf andere Personengruppen ausgeweitet werden, die Bedarf haben. Grundlage ist selbstverständlich, dass viele gute Wohnungen, die die Menschen sich auch leisten können, entstehen.

FDP: Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein, die sich an den städtischen Leitlinien orientiert, das heißt, dass nicht mehr als 80 Personen an einem Standort leben.

Wir stehen zu den vom Rat verabschiedenden Mindeststandards in der Unterbringung und dem vorgelegten Konzept für Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete. Im Hinblick auf die Unterstützung bei der Wohnungssuche setzen wir auf das erfolgreich agierende Auszugsmanagement.

SPD: Wir haben das Auszugsmanagement der Stadt immer weiter ausgebaut und sehen, dass es ein Erfolgsmodell ist, das mittlerweile in vielen anderen Kommunen kopiert wird. Das Problem ist, dass es in Köln eine massive Wohnungsnot gibt, gegen die nichts unternommen wird. Von den benötigten 30.000 neuen Wohnungen für die Jahre 2015 bis 2019 sind nicht einmal die Hälfte geschaffen worden. Diese Wohnungen fehlen gerade dem Kölner Wohnungsmarkt. Das Resultat sind rasant steigende Mieten und fehlender Mietraum für alle. Hier müssen wir dringend gegensteuern und haben uns das Ziel gesetzt, dass 10.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Wir setzen uns für einen hohen Anteil an Sozialwohnungen und Genossenschaftswohnungen ein. Eins ist klar: Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen ist von allen Formen der Unterbringung die beste und sollte Standard sein.

Solange es noch große Gemeinschaftsunterkünfte geben muss, sollten diese die von verschiedenen Flüchtlingsräten, z. B. FR NRW, geschaffenen Mindeststandard umsetzen. Ein Gewaltschutzkonzept, psycho-soziale und medizinische Versorgung sowie Sprachmittlung sind Selbstverständlichkeiten, für die wir im Rat streiten werden.



7. Bildungsgerechtigkeit schaffen

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie verdeutlichen die ungleichen Bildungsmöglichkeiten (Internetzugang, technische Ausstattung, Lernorte). Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Zugang zu Bildung für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet ist?

Bündnis 90/ Die Grünen: Die Förderung von Kindern und Jugendlichen soll im erforderlichen Maße fortgesetzt und ausgebaut werden, so dass ein entwicklungsgerechter Zugang zu Bildung gewährleistet ist. Familien sollen bei Bedarf in ihrer Erziehungsaufgabe gestärkt werden.

Wir treten ohne Wenn und Aber für Bildungsgerechtigkeit ein. Gerade Kinder, die von Armut und Bildungsarmut besonders bedroht sind, profitieren von einer guten Kinderbetreuung in der Kita und der Offenen Ganztagschule. Dies gilt auch für geflüchtete Familien und ihre Kinder. Wir brauchen deshalb einen Ausbau (U3: eine Versorgungsquote von 66 Prozent und für alle Kinder über 3 und OGS). Wir werden z.B. die Kitas weiter bei der Sprachförderung oder in besonderen Problemlagen durch eine systematische Förderung unterstützen. Uns geht es darum, die ganze Familie mit und in ihren Kompetenzen zu unterstützen. Hierzu gehört auch eine Stärkung der Gemeinwesenarbeit. Mit mehr Gesamtschulplätzen werden wir auch die Bildungsgerechtigkeit stärken.

Die Linke: Technische Ausstattung der Schüler*innen, das ist kurz vor dem Ende der Sommerferien immer noch ein nicht eingelöstes Versprechen. Besonders in benachteiligten Stadtteilen muss der Ausbau der Kitas vorangetrieben werden, weil die Eltern den Kindern oft nicht die notwendige Unterstützung geben können. Hausaufgabengruppen in Jugendzentren und bei freien Trägern müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Stadtteilelternprojekte, in denen Migrant*innen eine Lotsenfunktion übernehmen, müssen gefördert werden. Köln muss schnell die Gesamtschulen bauen, die es braucht. Dass in diesem Jahr wieder 951 Schüler*innen abgewiesen wurden, ist ein Skandal!

FDP: Inzwischen sind nahezu alle Schulen an das Breitbandnetz angeschlossen. Nun muss dafür gesorgt werden, dass die Schulen flächendeckend mit leistungsfähigem WLAN ausgestattet werden, damit in jedem Raum digitaler Unterricht stattfinden kann. Des Weiteren braucht die Stadt Köln für alle Schulen IT-Betreuer, die die Hard- und Software pflegen.

Auf Initiative der FDP Köln konnten schon zu Beginn der Corona Krise Schüler aus sozial benachteiligten Familien unbürokratisch ein digitales Endgerät an ihrer Schule leihen, denn gerade beim Home-Schooling werden unterschiedliche Voraussetzungen für den Bildungserfolg deutlich. Darüber hinaus gewährt das NRW Schulministerium angesichts der Corona-Pandemie eine digitale schulische Sofortausstattung. Durch diese Mitfinanzierung durch das Land können nun weitere 27.000 neue iPads in Köln angeschafft werden.

Der Ganzttag muss weiter ausgebaut und vor allem qualitativ verbessert werden. Kinder, die zu Hause keine Unterstützung bekommen, müssen diese vollumfänglich in der Schule erhalten. Es kann nicht sein, dass der Bildungsabschluss maßgeblich von dem der Eltern abhängig ist.

SPD: Auch hier können wir Ihnen nur recht geben. Wir haben daher im Rat dafür gesorgt, dass alle Unterkünfte richtiges Internet erhalten und nicht nur mit den sogenannten Hotspots versorgt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kölner Kinder technisch und räumlich in die Lage versetzt werden, gut am Unterricht teilzunehmen. Mit unserem Schulsozialindex haben wir dafür gesorgt, dass zunächst das Armutsrisiko der in den Schulen und Kitas betreuten und beschulten Kinder und Jugendlichen ermittelt wird. Das ist ein Anfang. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche bedarfsgerechte Angebote zur Sprachförderung erhalten, dass die Mehrsprachigkeit gefördert wird und dass der Unterricht so bald wie möglich in Regelklassen stattfindet.



8. Ausbildung und Arbeit ermöglichen

Arbeit ist ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass allen in Köln lebenden Menschen der Zugang zu Arbeit und Ausbildung ermöglicht wird (Ausbildungsduldung, Arbeitserlaubnis)?

Bündnis 90/ Die Grünen: Wir setzen uns im Beirat des Jobcenter konsequent für die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt ein. Außerdem haben wir Programme und Maßnahmen unterstützt, die Menschen aus Süd-Ost-Europa bei der Suche und Aufnahme von Arbeit unterstützen. Ein Pool von Sprach- und Integrationslots*innen sollen die Verständigung gewährleisten.

Seit August werden aufgrund eines neuen Verfahrens, das in enger Zusammenarbeit mit dem städtischen Einwohnermeldeamt und der Bezirksregierung Köln entwickelt wurde, neuzugewanderte Jugendliche ab 16 Jahre schon bei der Anmeldung des Wohnsitzes in Köln an die Bildungsberatung des Kommunalen Integrationszentrums (KI) vermittelt. Das ist ein großer Fortschritt.

Die Linke: Die Ausbildungsduldung ist ein geeignetes Mittel, um Geflüchteten eine dauerhafte Perspektive und den Einstieg in gute Arbeit zu ermöglichen. Es gibt Ausbildungsplätze, die besetzt werden können. Manche Geflüchtete müssen zunächst vom Sinn einer Berufsausbildung überzeugt werden, scheint doch die Übernahme einer Arbeit ohne weitere Qualifikation der schnellere Weg, den Lebensunterhalt der Familie zu sichern. Das Verfahren zur Erteilung einer Ausbildungsduldung muss beschleunigt werden. Es kann nicht sein, dass es erst eine Woche vor Ausbildungsbeginn zu einer Entscheidung kommt, obwohl Ausbilder, Auszubildender und Kammer alle notwendigen Unterlagen lange beigebracht haben. Alle Menschen, die hier leben, sollen das Recht erhalten, zu arbeiten.

FDP: Die FDP sieht in der konsequenten Umsetzung des bereits erwähnten Bleiberechtserlasses des NRW Integrationsministeriums sowie des Erlasses zur Ausbildungsduldung gute Voraussetzungen, hier die Chancen für die Betroffenen zu verbessern. Eine erleichterte Arbeitserlaubnis ist nicht nur gut für den einzelnen Menschen, sondern auch im Interesse unserer Gesellschaft, die auf motivierte Arbeitskräfte angewiesen ist.

Der Vorteil der Ausbildungsduldung: Sie wird jetzt für die gesamte Dauer der Ausbildung ausgestellt. Das ist wichtig für die Arbeitgeber. Die bisherige Ungewissheit, ob ein geduldeter Auszubildender unter Umständen nach einem Jahr das Unternehmen wieder verlassen musste, führte dazu, dass in vielen Fällen überhaupt keine Einstellung erfolgte. Außerdem gibt es keine Altersgrenze mehr für die Erteilung einer Ausbildungsduldung.

SPD: Die Bundesebene hat mit dem Integrationsgesetz für geflüchtete Menschen, die eigentlich ausreisepflichtig wären, einen Anspruch auf eine Duldung für die Dauer einer beruflichen Ausbildung geschaffen. Das begrüßen wir und wünschen uns, dass die Ausländerbehörden gemeinsam mit den Jobcentern proaktiv Geflüchteten eine Ausbildungsduldung ermöglichen. Dafür wollen wir sorgen, indem wir darauf hinwirken, dass die Ermessensspielräume zugunsten der Geflüchteten ausgelegt werden. Die Ausländerbehörden müssen für diesen Aufgabenbereich personell besser aufgestellt werden. Des Weiteren soll es Schulungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene mit der Möglichkeit eines Schulabschlusses geben. Wir müssen Hilfen und Strukturen schaffen, die Geflüchteten Wege in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt ebnen, insbesondere für Asylsuchende und Geduldete.



9. Gesundheitsversorgung gewährleisten

Der Zugang zu und die Qualität von Gesundheitsversorgung hängt vom Aufenthaltsstatus ab. Gerade angesichts der Pandemie wird die Notwendigkeit eines gleichen Zugangs für alle noch einmal deutlich. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass allen Patient*innen die gleiche medizinische Behandlung zukommt? Und wenn ja, wie?

Bündnis 90/ Die Grünen: Bereits in der ablaufenden Wahlperiode haben wir über den Gesundheitsausschuss, das Gesundheitsamt, den Dezernenten Dr. Harald Rau und die Kliniken der Stadt Köln für einen einfachen Zugang zum Gesundheitssystem gesorgt. Dies gilt es nach der Wahl gestärkt weiter zu entwickeln.

Die Linke: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit", heißt es im Artikel 2 unseres Grundgesetzes. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit kann aber nur dann umgesetzt werden, wenn Alle eine vollwertige medizinische Behandlung und Pflege nach den Standards unseres Gesundheitssystems erhalten. DIE LINKE schlägt vor, dass Köln sich nach dem Vorbild zahlreicher internationaler Städte zu einer "Solidarity City" erklärt, in der auch der Zugang zu medizinischen Dienstleistungen für Alle angstfrei möglich ist.

FDP: Wir halten hier die Gesundheitskarte entsprechend dem im AsylbLG vorgesehenen Leistungskatalog für das richtige Instrument.

SPD: Wir haben uns für die Einführung der Gesundheitskarte in Köln eingesetzt, und davon profitieren nun viele Menschen, die nicht erst mal zur Leistungsabteilung gehen müssen, um sich einen Arztbesuch genehmigen zu lassen. Das Problem ist aber weiterhin, dass Asylsuchende und Geduldete weniger gesundheitliche Leistungen in Anspruch nehmen dürfen. Dies ist im Asylbewerberleistungsgesetz so geregelt, dabei hat das BVerfG schon 2012 festgestellt, dass das Gesetz in Teilen verfassungswidrig ist. Wir sehen, dass durch diese Regeln Menschen noch kranker werden und daraus wiederum Folgekosten entstehen. In den kommunalen Spitzenverbänden muss ein Umdenken stattfinden, damit die Städte und Gemeinden auf die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetz pochen. Denn dieses Gesetz verursacht für die Kommunen mehr Kosten und ist ein Sondergesetz, das nur dazu dient, Geflüchtete schlechter zu stellen.



KÖLN ZEIGT HALTUNG ist ein breites und buntes Bündnis aus der Kölner Stadtgesellschaft, das 2018 ins Leben gerufen wurde und sich konsequent für die Menschenrechte Geflüchteter einsetzt. Kontakt: info@koelnzeigthaltung.org

10. Abschiebung abschaffen, Rassismus bekämpfen

Die zunehmende Entrechtung Schutzsuchender führt zu deren Kriminalisierung und Illegalisierung und Abschiebung. Damit werden rassistische Tendenzen in der Gesellschaft gestärkt und der Boden für rechtes Gedankengut bereitet. Nur eine entschlossene Haltung gegen Ausgrenzung und Abschottung kann dem entgegenwirken. Wie zeigen Sie Haltung für ein weltoffenes und solidarisches Köln?

Bündnis 90/ Die Grünen: Wir lehnen alle politischen Kräfte, Äußerungen und Aktionen ab, die den im Grundgesetz verankerten Werten entgegenstehen, die versuchen, Ängste und Vorurteile zu schüren und zu Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Polarisierung aufrufen. Wir treten entschieden allen Kräften entgegen, die Themen wie Zuwanderung, Flucht und Asyl für ihre rechten politischen Zwecke missbrauchen und "Bürgerproteste" gegen Flüchtlinge inszenieren. Wo immer rechte Kräfte ihre Menschen verachtenden Aktionen planen und durchführen, stehen wir – zusammen mit vielen BündnispartnerInnen – diesen entgegen. Wir sind fester Bestandteil der Bündnisse gegen Rechts in Köln!

Die Linke: Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften kämpft DIE LINKE darum, dass die Gesellschaft nicht weiter nach rechts driftet. Die demokratischen Rechte müssen sowohl geschützt als auch erweitert werden. DIE LINKE engagiert sich aktiv in den Bündnissen gegen Rechts, die es in Köln gibt. Der Ausbau der sozialen Grundrechte und der Demokratie gehören für uns untrennbar zusammen.

Konkret müssen beispielsweise die Bildungsarbeit in den Schulen verbessert werden, die Arbeit von Bildungs- und Beratungsstellen ausgebaut und die Bürgerzentren finanziell stärker unterstützt werden. Abschiebungen lehnen wir grundsätzlich ab.

FDP: Die Stadt Köln muss sich gut sichtbar gegen Rassismus stellen und für die Betroffenen deutlich Stellung beziehen, damit deutlich wird, dass die Kölnerinnen und Kölner in großer Mehrheit an ihrer Seite stehen. Wir fordern dafür eine konstante Kampagne für Toleranz und gegen Ausgrenzung, die fest zum Erscheinungsbild der Stadt gehören soll. Nicht als einmalige Aktion, sondern immer!

Vorurteile sind der Nährboden für Rassismus und sie basieren oft auf Unkenntnis. Aufklärung gelingt am besten in direkter Begegnung. Deshalb unterstützen wir Bildungsprojekte wie z.B. das Projekt Brückenbauer. Hier werden Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte dabei unterstützt, durch gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen, gegen Rassismus und Diskriminierung aktiv vorzugehen.

Die Regeln des Rechtsstaates sind bei Geflüchteten allerdings genauso verbindlich anzuwenden wie in jedem anderen Rechtsfeld, deshalb stehen wir auch zu Abschiebungen, wenn diese rechtlich geboten sind.

SPD: Die KölnSPD setzt sich für den Ausbau von Fördermitteln in den Arbeitsbereichen Antirassismus, Antisemitismus und Antibleismus ein. Wir dulden keine Diskriminierungen in Köln aufgrund des Geschlechts, der Herkunft oder der sexuellen Orientierung. Dafür gehen wir auf die Straße und kämpfen im Rathaus. Das werden wir auch weiter tun!

